## Kurzinformation

# Aktuelle Aspekte zum Thema Cyber – Sicherheit in der NATO

[redacted]

**Aktuelle Aspekte zum Thema Cyber – Sicherheit in der NATO**

Verfasser/in: [redacted]
Aktenzeichen: WD 2 – 3000 – 219/11
Abschluss der Arbeit: 16. November 2011
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Telefon: [redacted]

Das [redacted] Büro des MdB [redacted] bedankte sich am 16. November 2011 telefonisch für die vom Wissenschaftliche Dienst am 15. November 2011 ausgelieferte Ausarbeitung zum Thema „Militärische, völkerrechtliche und rüstungskontrollpolitische Aspekte der Cyber - Sicherheit“ (WD 2, 3000 – 099/11 vom 17. Mai 2011). Da diese Grundlage für einen halbstündigen Vortrag des MdB [redacted] sei, wurde erbeten, etwaige aktuelle politische Aspekte zur Cyber-Sicherheit in der NATO ergänzend zur Ausarbeitung telefonisch vorzustellen.

Der Bitte wurde wie folgt entsprochen:

Da die 28 Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der NATO im „Strategische(n) Konzept für die Verteidigung und Sicherheit der Mitglieder der Nordatlantikvertrags-Organisation“ vom 30. November 2010 festgestellt haben, dass „Angriffe auf Computernetze … eine Schwelle erreichen (könnten), die den Wohlstand, die Sicherheit und die Stabilität von Staaten und des euro-atlantischen Raums bedroht“[1], sei davon auszugehen, dass das Thema Cyber-Sicherheit beim Folgegipfel der NATO vom 20. bis 21. Mai 2012 in Chicago auf der Tagesordnung stehen wird.

Es könne davon ausgegangen werden, dass Cyber-Sicherheit grundsätzlich, aber auch im Lichte von NATO-Einsätzen, so u.a. im Rahmen der „Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan“ (International Security Assistance Force - ISAF) aber auch der am 30. Oktober 2011 abgeschlossenen Operation „Unified Protector“ in Libyen, betrachtet werden wird.[2] Dazu könnten nach Auffassung von Experten auch nationale Cyber-Maßnahmen zur Unterstützung des „Arabischen Frühling“ und der Umsetzung der Resolution 1973 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 17. März 2011 (Flugverbotszone über Libyen und Ergreifung aller notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen) gehören.[3]

Fragen zur Befähigung der Bundesregierung zu aktiven Maßnahmen im Cyber-Bereich wurden in Ermangelung von Quellen nicht beantwortet; empfohlen wurde dem Büro, sich direkt an das federführende Bundesministerium des Inneren bzw. das diesem nachgeordnete „Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik“ (BSI)[4] zu wenden.

[redacted]

---

[1] „Strategisches Konzept für die Verteidigung und Sicherheit der Mitglieder der Nordatlantikvertrags-Organisation“, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/__Anlagen/2010/2010-11-30-neues-strategisches-konzept,property=publicationFile.pdf [16.11.2011].

[2] „NATO and cyber defence“, 16. September 2011, Internetportal der NATO, URL: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_78170.htm? [16.11.2011].

[3] Vereinte Nationen – Deutscher Übersetzungsdienst, URL: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_11/sr1973.pdf [16.11.2011].

[4] Internetportal BSI, URL: https://www.bsi.bund.de/DE/Home/home_node.html [16.11.2011].